

**Konzept für die Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (AwZ)
zum Thema „Urbanisierung“
am Mittwoch, dem 12. November 2014, 10:00 bis 13:00 Uhr**

Einleitung:

In vielen Entwicklungsregionen wächst die Stadtbevölkerung. Bereits heute leben mehr als die Hälfte der Menschen in Städten. Laut UN-Prognosen wird bis zum Jahr 2050 der Verstädterungsgrad auf 66 Prozent oder um 2,5 Milliarden Menschen wachsen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) weist darauf hin, dass 90 Prozent des kommenden Anstiegs der städtischen Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden wird. 60 Prozent der künftigen Stadtbewohner werden Minderjährige, also unter 18 Jahren sein, viele davon leben im Slum bzw. werden in einem Slum leben. Leben im Slum bedeutet in der Regel, dass es keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, keine Abwasserentsorgung und keine ausreichende Infrastruktur gibt, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Verkehr und Energieversorgung. Der Mangel an Perspektiven kann zu Kriminalität und Spannungen führen.

Es stellt sich die Frage, wie das Phänomen der Urbanisierung berücksichtigt werden kann, wenn es um die Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) und perspektivisch die Sustainable Development Goals (SDGs) geht. Inwiefern kann die Urbanisierung eine Chance sein, um Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken, Bildung zu stärken, HIV/AIDS zu reduzieren, den Zugang zu Trink- und Abwasserversorgung zu verbessern und mehr für das Klima zu tun? In den Städten leben die Menschen geballt zusammen, so dass dort sehr viele Menschen durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden können.

Die zukünftige Energieversorgung der schnell wachsenden Städte ist nicht nur eine Frage für wirtschaftliches Wachstum und Teilhabe, sondern auch für das Weltklima. Der Klimawandel betrifft alle Teile unseres Planeten. Das gilt auch für die Folgen des Klimawandels, wie Naturkatastrophen, Extremwetter, Überschwemmungen und Dürren, die zu noch mehr Hunger auf der Welt führen. Gerade die Themen Energieversorgung und Verkehrsplanung für die wachsenden Städte und „Megacities“ in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind deshalb von entscheidender Bedeutung.

Der WeltRisikoBericht 2014 weist darauf hin, dass schnell wachsende Städte besonders verwundbar sind. Der enorme Zuwachs an Menschen führt demnach zur Bildung informeller Siedlungen und von Slums – oftmals in Gebieten, die Naturgefahren gegenüber besonders exponiert sind: an Flussufern oder in Hanglagen. Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stellt sich die Frage, ob und wie sie die Resilienz dieser bedrohten Städte verbessern kann, damit nicht jedes Naturereignis zu einer Katastrophe wird, die viele Menschenleben kostet und zudem hohe Kosten für den Wiederaufbau verursacht. Urbanisierung braucht als Grundlage Rechtssicherheit, so zum Beispiel bei Wohn- und Eigentumsrechten. Stadtplanung kann präventiv wirken.

Sachverständiger:

George Deikun, UN-Habitat Liaison Office Geneva Schweiz

Block 1: Gesellschaftliche, soziale und politische Aspekte der Urbanisierung

Nach Schätzungen von Amnesty International leben schon jetzt weltweit mehr als eine Milliarde Menschen in rund 200.000 Slums. Bis 2030 sollen es bereits zwei Milliarden Menschen sein. Leben im Slum bedeutet eine hohe Kinder- und Müttersterblichkeit, Mangel an einer angemessenen Gesundheitsversorgung und häufig Armut. Die mangelnde Sicherheit und hohe Kriminalität sind ebenfalls große Probleme. Oft fehlt der Zugang zu Bildung und damit zu Perspektiven. Ungleichheit ist in Städten höher ausgeprägt als auf dem Land, auch wenn die absolute Armut auf dem Land größer ist. Dies bietet die Basis für Konflikte, so dass sich die Frage stellt, welche Rolle der Ausbau der sozialen Sicherung in Städten spielen muss und kann. Außerdem geht es um die Frage, wie die Teilhabe der Bewohner gestärkt und ihre Sicherheit erhöht werden kann. Dazu gehören die Vermeidung von Korruption, Stärkung von „Good Governance“ und nicht zuletzt verlässlicher Schutz durch Sicherheitskräfte und eine Dezentralisierung.

Fragen:

- Welche sozialen Folgen sind durch die zunehmende Urbanisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern absehbar? Was sind die wesentlichen strukturellen Ursachen für unterschiedliche Entwicklungsniveaus von Städten, die sich zu „Megacities“ entwickeln?
- Wie kann und wie wird Urbanisierung im MDG/SDG Prozess berücksichtigt? Wie ist Urbanisierung im Prozess hin zu einer sozial-ökologischen Transformation, wie ihn etwa der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderung beschreibt, einzuordnen? Welche UN-Organisationen sollen und werden das Thema im MDG/SDG Prozess begleiten und umsetzen? Auf welchen inhaltlichen Feldern sollte Deutschland seinen Einfluss im Kontrollgremium von UN Habitat geltend machen?
- Wie können und müssen Bildungsangebote verbessert werden vor dem Hintergrund von Armut und der überwiegend sehr jungen Bevölkerung in schnell wachsenden Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie schaffen wir menschenwürdige und nachhaltige Beschäftigung für die Menschen in Städten? Welche positiven Beispiele gibt es?
- Welche Chancen bieten wachsende Agglomerationen für die allgemeine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und speziell zugunsten der Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit, und wie können diese Chancen besser genutzt werden? Welche positiven Beispiele gibt es? Wie stärken wir die öffentliche Daseinsvorsorge in Städten? Welche Rolle spielt öffentliche Infrastruktur, welche Rolle können/sollen private Anbieter oder PPP spielen?
- Welche Rolle kann und muss die selbstbestimmte Familienplanung, verbunden mit Aufklärung, bei der Urbanisierung in Entwicklungsländern spielen? Welche positiven Beispiele gibt es? Wie müssen Frauen im Rahmen der Urbanisierung gestärkt werden, und welche Konzepte gibt?
- Welche Konzepte gibt es, um die Sicherheit der Bewohner in den Städten zu verbessern sowie um „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung zu stärken? Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich bei schnell wachsenden Städten für Demokratisierungsprozesse und Partizipation der Bevölkerung?
- Wie kann in schnell wachsenden Städten das Recht auf Wohnen umgesetzt werden und welche Rolle spielen dabei der soziale Wohnungsbau und kommunale Wohnungsbaugesellschaften?

- Wie sieht die Entwicklung von dezentralen und Mikro-Ansätzen (etwa Versicherungen, Energieversorgung) für Slumbewohner aus? Welche besonderen Bedürfnisse gibt es hinsichtlich von Flüchtlingsstädten?

Sachverständige:

Professor Dr. Christian Schmid, Titularprofessor am Departement Architektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich)

Professor Albert Friedrich Speer junior, Stadt- und Regionalplaner, Gründer des Architektur- und Planungsbüros AS&P

Block 2: Technische, planerische und rechtliche Aspekte der Urbanisierung

In Städten ist die Infrastruktur nicht mit der Bevölkerungszunahme gewachsen. Das gilt zum Beispiel für die Energieversorgung. Viele der weltweit 1,3 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu Elektrizität, oder der 2,7 Milliarden Menschen, die keine modernen Kochmöglichkeiten haben, leben in den „Megacities“. Und der Energiebedarf wird nach UN-Prognosen weiter steigen.

Mangelnde Wasserversorgung- und Abwasserentsorgung sind ein großes Problem in Städten, und genau dies wiederum führt zu Erkrankungen. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur sind Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, für die Teilhabe der Einwohner und die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Es stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie die Beziehung zwischen dem ländlichen Raum und den wachsenden Städten verbessert werden kann, zum Beispiel durch Handelsbeziehungen und Infrastruktur, wie also städtische Entwicklung und ländliche Entwicklung sich gegenseitig befördern können.

In der Entwicklungszusammenarbeit erscheinen oft Einzelprojekte in Städten (z.B. Energie oder Wasser). Hier stellt sich die Frage danach, welche Rolle für die Zukunft verstärkt „Paketlösungen“ bieten können, die ein Bündel an Unterstützungen für schnell wachsende Städte bereitstellen.

Urbanisierung braucht Planung, zumal eine nachträgliche Veränderung nicht nur teuer, sondern auch aufgrund der Land- und Eigentumsrechte schwierig ist. Die Frage stellt sich daher, welche rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen, um erfolgreiche Stadtplanung umzusetzen, wie die lokalen Behörden gestärkt werden müssen und wie dabei die Rechte der Einwohner gesichert und ihre Beteiligung verbessert werden.

Fragen:

- Wie kann es gelingen, für schnell wachsende Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels in Entwicklungsländern eine nachhaltige Energie-Infrastruktur aufzubauen? Wie sieht die Energie-Infrastruktur in den schnell wachsenden Städten in Entwicklungsländern aus? Welche positiven Beispiele gibt es im Bereich Erneuerbare Energie?
- Wie können in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Toiletten wirksame Verbesserungen vor dem Hintergrund der Urbanisierung erreicht werden?
- Welche Rolle müssen die Entwicklung des ÖPNV, der Mobilität und der Transportinfrastruktur für schnell wachsende Städte spielen? Welche positiven und negativen Beispiele gibt es?

- Wie können sich städtische und ländliche Entwicklung besser verknüpfen lassen, zum Beispiel durch Handel und Verkehrsinfrastruktur, und wo drohen Stadt-Land-Konflikte? Stichwort „Urban Rural Linkage“: Könnte man den zehn geplanten „grünen Zentren“ des BMZ komplementär zehn urbane Zentren zuordnen, um die städtische und ländliche Entwicklung stärker zu verknüpfen?
- Wie kann und muss die Resilienz städtischer Großräume erhöht werden, und wie stellt sich die höhere Verwundbarkeit schnell wachsender Städte gegenüber Naturgefahren dar? Gibt es ganzheitliche Naturkatastrophen-Vorsorge-Konzepte?
- Welche Erfahrungen gibt es mit Konzepten der Entwicklungszusammenarbeit für schnell wachsende Städte, die umfassende „Paketlösungen“ anbieten, also mehrere thematische Schwerpunkte beinhalten? Wie sollte Ihrer Meinung nach ein deutsches entwicklungspolitisches Urbanisierungskonzept aussehen? Welche Erfahrungen gibt es in Entwicklungs- und Schwellenländern mit dem Modell der deutschen kommunalen Stadtentwicklung?
- Wie kann die Rechtssicherheit vor dem Hintergrund der Urbanisierung verbessert werden, und welche Rolle spielen dabei der Kataster-Aufbau und die Stärkung der Land- und Eigentumsrechte? Welche positiven Beispiele gibt es? Welche Wechselwirkungen zwischen Rechtssicherheit, „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung sind zu beachten, und welchen Einfluss kann die Stadtplanung diesbezüglich nehmen? Welche Rolle muss die Dezentralisierung für schnell wachsende Städte und „Megacities“ spielen? Welche positiven Beispiele gibt es für Slumsanierung? Welche Formen partizipativer Stadtentwicklung gibt es in Ländern des globalen Südens, etwa im Bereich Bürgerhaushalt oder kommunale Selbstverwaltung, und welche wären zu fördern? Welche Erfahrungen und Ansätze gibt es zu Fortentwicklung des Kulturrums Stadt?
- Welche Erfahrungen gibt es in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Konzepten „Smart City“ und „Transition Town“? Gibt es „Megacities“ bzw. Städte auf dem Weg dorthin, die sich zur „Transition Town“ entwickeln oder den Prozess bereits durchlaufen haben?
- Welche Zeitrahmen und Prognosen (Kataster, GIS-Datengrundlagen?) sind bisher und zukünftig handlungsleitend? Ist die Datenbasis ausreichend vorhanden?

Sachverständige:

Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Universität Dortmund, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Dortmund

Organisatorisches:

Zeit für das allgemeine Eingangsstatement: 12 - 15 Minuten

Zeit für die Ausführungen der Sachverständigen in den Blöcken 1 und 2: 5 - 7 Minuten.

Positionspapiere der Sachverständigen sowie von weiteren Organisationen und Verbänden zur Vorabinformation der Ausschussmitglieder sind erwünscht.

Es werden vorab Stellungnahmen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angefragt, und diese werden gemeinsam mit den Papieren der Sachverständigen auf die Homepage des Ausschusses gestellt.